

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Swen Schulz (Spandau), Aydan Özoğuz, Dr. Ernst Dieter Rossmann, Dr. Hans-Peter Bartels, Klaus Barthel, Willi Brase, Ulla Burchardt, Petra Ernstberger, Michael Gerdes, Iris Gleicke, Klaus Hagemann, Christel Humme, Oliver Kaczmarek, Daniela Kolbe (Leipzig), Ute Kumpf, Thomas Oppermann, Florian Pronold, René Röspel, Marianne Schieder (Schwandorf), Andrea Wicklein, Dagmar Ziegler, Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD

Etablierung von Islamischen Studien an deutschen Universitäten

Der Wissenschaftsrat hat am 29. Januar 2010 mit seinen „Empfehlungen zur Weiterentwicklung von Theologien und religionsbezogenen Wissenschaften an deutschen Hochschulen“ vorgeschlagen, die Etablierung von Islamischen Studien an den Hochschulen zu beginnen. Hierzu sollen größere autonome Organisationseinheiten für Islamische Studien an zwei bis drei Standorten geschaffen und die disziplinäre Fortentwicklung des Faches organisatorisch gezielt unterstützt werden.

Die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Annette Schavan, hatte die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Etablierung von Islamischen Studien bzw. zwei bis drei entsprechenden Instituten an deutschen Universitäten direkt nach ihrer Veröffentlichung begrüßt und sagte Unterstützung für die Umsetzung zu. Bei der vom Wissenschaftsrat ausgerichteten Tagung „Islamische Studien in Deutschland“ in Köln teilte Dr. Annette Schavan am 13. Juli 2010 mit, dass das Bundesministerium für Bildung und Forschung im Herbst einen ersten Universitätsstandort verkünden werde.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Maßnahmen bzgl. der Etablierung der vom Wissenschaftsrat vorgeschlagenen drei Institute für Islamstudien sind durch die Bundesregierung konkret geplant und bisher umgesetzt worden?
Wie sieht die weitere Zeitplanung aus?
2. Wieso wurden weder der Deutsche Bundestag noch die Öffentlichkeit über den Verlauf eines Bewerbungsverfahrens, die dazu gehörigen Kriterien und aktuelle Entscheidungsprozesse unterrichtet?
3. Was wird gefördert, welchen Umfang hat die Förderung, und aus welchem Haushaltstitel wird die Förderung bestritten?

4. Welche Bundesländer bzw. Hochschulen konnten sich auf wessen Veranlassung hin bewerben, und wer hat sich beworben?

Inwiefern hat die Bundesregierung Bundesländer bzw. Hochschulen, und falls ja, welche, zu einer Bewerbung für die Einrichtung von Islamstudien motiviert?

5. Welche Kriterien liegen dem Auswahlverfahren zugrunde?

Wer entscheidet?

Ist der Wissenschaftsrat in irgendeiner Form in den Entscheidungsfindungsprozess eingebunden, und falls ja, wie, und mit welcher Begründung?

6. Wurden oder werden einzelne Bundesländer bzw. Hochschulen bevorzugt behandelt, und falls ja, welche, und mit welcher Begründung?
7. Welche Forderungen stellt die Bundesregierung an die Zusammensetzung und den Funktionsumfang der einzuführenden Beiräte?
8. Wie soll die Zusammenarbeit mit Verbänden und gesellschaftlichen Gruppen gestaltet werden?

Findet hier bereits eine Kooperation statt, und falls ja, mit welchen?

9. Wie beurteilt die Bundesregierung Kooperationen von islamischen Organisationen wie z. B. der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion e. V. (DITIB) und Hochschulen bzgl. der Einrichtung von Studiengängen und Festlegung von Curricula?

Inwiefern sieht die Bundesregierung hier die Abdeckung einer breiten wissenschaftlichen Meinungsvielfalt sowie die staatliche Aufsicht gewahrt?

10. Welche weiteren Maßnahmen sind nach Auffassung der Bundesregierung angezeigt, um die nötige Akzeptanz der Institute zu erzielen und zu sichern – in allen Teilen der Gesellschaft?
11. Hat die Bundesregierung dieses Thema in der Islamkonferenz erörtert, und falls ja, mit welchem Ergebnis?
12. Inwiefern soll es inhaltliche oder strukturelle Zusammenhänge mit den bereits bestehenden Lehrstühlen für Islamstudien bzw. Islamwissenschaften geben?
13. Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung hinsichtlich der Gewinnung einer ausreichenden Zahl qualifizierter Lehrkräfte für die zu gründenden Zentren?
14. Welche Berufsperspektiven für Absolventinnen und Absolventen dieser bekenntnisorientierten theologischen Studiengänge haben die Studieninteressierten nach Auffassung der Bundesregierung?
15. Ist auch die Möglichkeit der Weiterbildung von Lehrkräften und Imamen geplant?
16. Plant die Bundesregierung bei den ausgebildeten Lehrkräften und Imamen Initiativen zur Schaffung eines erweiterten Berufsangebots für Absolventinnen und Absolventen der neu zu schaffenden Islamstudien?

Wie sehen die Initiativen aus?

Welche Partner sollen hierfür geworben werden?

17. Inwiefern berücksichtigt die Bundesregierung in ihrem Konzept das vielfältige Glaubensspektrum im Islam und hierbei die besondere Situation der Aleviten?
18. Gibt es Beispiele in Europa mit denen sich die Bundesregierung auseinandergesetzt hat?
Wo liegen Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Konzepte der Bundesregierung und anderer europäischer Staaten?

Berlin, den 6. Oktober 2010

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion

